Ehemalige Zivildiener sollen im Krisenfall eingezogen werden

Die Verlängerung des Grundwehrdienstes nimmt weiter Formen an. Was nun kommen soll, was vor allem beim Zivildienst geplant ist und worauf es noch ankommt. Ein Uberblick.

MARIAN SMETANA

WIEN. Die Regierung ist bei der Wehrpflichtreform einen Schritt weiter. Am Mittwoch wurde das Gesetz im Ministerrat fixiert und in Begutachtung geschickt. Das ist kein unwesentlicher Schritt in Richtung Wehrpflichtreform. Denn die Regierung braucht für die Änderungen beim Wehrersatzdienst eine Zweidrittelmehrheit. Die FPÖ hat bereits abgesagt, bleiben die Grünen. Doch die Grünen wollen abwarten, welche Stellungnahmen in der Begutachtungsphase eintrudeln, bevor sie weiterverhandeln. Man sei gesprächsbereit, habe aber „klare Forderungen", ließ Wehrsprecher David Stögmüller ausrichten: „Gleiche Wertschätzung für Zivildiener, kein Kahlschlag beim Zivilersatzdienst, echter Mehrwert für junge Menschen."

Was ist in der Reform aber prinzipiell geplant? Die Regierungsparteien haben sich auf das Modell 6+1+2 als Grundlage für die weitere legistische Umsetzung verständigt. Dieses sieht sechs Monate Grundwehrdienst, einen Monat Truppenausbildung sowie zwei Monate Milizübungen vor. Außerdem soll es für Soldaten unter anderem einen höheren Sold (1000 Euro) und einen Urlaubsanspruch geben. Eingeführt wird auch eine jährliche gesamtstaatliche Großübung. Milizsoldaten sollen künftig mehr Planbarkeit haben (vier Jahre im Voraus, mit Ausnahme der ersten Milizübung nach der Truppenausbildung). Apropos Miliz: Die Bundesvereinigung der Milizverbände meldet gravierende Bedenken an. Zwar würde die angestrebte Verlängerung des Wehrdienstes mit einigen Begleitmaßnahmen grundsätzlich den bestehenden Zustand verbessern. Wenn allerdings nicht gleichzeitig auch eine Verlängerung des Zivildienstes erfolge, werde das angestrebte Ergebnis einer Stärkung des Bundesheeres ins völlige Gegenteil verkehrt. „So gesehen führt der Weg der Wehrdienstreform ins Nichts", sagt Präsident Bernd Huber.

Tatsächlich ändert sich für Zivildiener vorerst wenig. Schließlich soll die Dienstdauer zunächst bei neun Monaten bleiben. Das könnte sich allerdings rasch ändern. Denn melden sich in einem Kalenderjahr weniger als 13.875 junge Männer zum Wehrdienst, beträgt die Dauer des ordentlichen Zivildienstes im übernächsten Jahr elf Monate. Diese Verlängerung wäre dann dauerhaft. Sowohl Verteidigungsministerin Klaudia Tanner als auch die für den Zivildienst zuständige Ministerin Claudia Bauer (beide ÖVP) rechnen damit, dass es bald zu einer Verlängerung des Zivildienstes kommen wird.

Wird der Zivildienst verlängert, sollen junge Männer, die den Wehrersatzdienst leisten, zwischen drei Modellen wählen können. Variante eins: Zivildiener können elf Monate durchdienen, ganz ohne Unterbrechung. Variante zwei sieht vor, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt zu ihrer Organisation zurückkommen, um noch einmal zwei Monate zu dienen. Den Zeitpunkt müssen die Betroffenen mit der Einrichtung festlegen. Oder sie können – Variante drei – statt der zusätzlichen zwei Monate ehrenamtliche Arbeit leisten. Innerhalb von fünf Jahren müssten sie laut diesen Plänen insgesamt 400 Stunden im Einsatz sein. Welche Variante die Betroffenen vorziehen, sollen sie schon bei der Zivildiensterklärung angeben.

Ein Punkt könnte in dem Gesetz jedenfalls noch für Debatten sorgen. Die Regierung will im Zuge der Wehrdienstverlängerung nämlich auch Zivildiener im Krisenfall einziehen können. Konkret heißt das, dass laut Regierungsvorhaben „nach Abschluss des Zivildienstes Zivildiener für zwei Jahre einer Einrichtung für einen möglichen Kriseneinsatz zugeordnet werden können. In diesem Zeitraum können sie im Krisenfall für bis zu zwei Monate zum außerordentlichen Zivildienst herangezogen werden."

Und weiter: „Wird der außerordentliche Zivildienst im Krisenfall aktiviert, ist der Dienst bereits am übernächsten Werktag anzutreten." Erworbene Ausbildungen und Qualifikationen sollen zudem erfasst werden, um im Krisenfall einen gezielten Einsatz entsprechend den vorhandenen Fähigkeiten zu ermöglichen. Aktive Zivildiener sollen außerdem an Großübungen zur Krisenvorsorge teilnehmen. „Damit werde eine weitere zentrale Empfehlung der Wehrdienstkommission umgesetzt", heißt es von der Regierung.

Schärfer werden die Regeln für den Freiwilligendienst. „Künftig können Freiwilligendienste nur noch für maximal ein Prozent der Stellungspflichtigen eines Jahrgangs als Ersatz für den Zivildienst anerkannt werden", heißt es aus der Regierung. „Das entspricht derzeit rund 360 jungen Männern pro Jahr. 2025 waren es 663 Anerkennungen. Die Zahl der möglichen Anerkennungen wird damit gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert." Und: Mit einer verpflichtenden Verlängerung des Zivildienstes wird auch der Freiwilligendienst zwölf Monate bei 40 Wochenstunden bzw. insgesamt 2000 Stunden umfassen.

Ehemalige Zivildiener sollen im Krisenfall eingezogen werden



A) Vor dem Lesen

a) Aktivieren Sie Ihr Vorwissen: Beantworten Sie die folgenden Fragen zu zweit und ohne Hilfsmittel.

- Wie lange dauern derzeit Grundwehrdienst und Zivildienst in Österreich?
- Wer muss in Österreich zur Stellung, wer nicht?
- In welchen Einrichtungen können Zivildiener ihren Dienst ableisten? Nennen Sie zumindest drei.
- Warum dauert der Zivildienst länger als der Grundwehrdienst?

b) Lesen Sie vorerst nur Titel und Vorspann des Artikels. Was könnte mit einem solchen „Krisenfall" gemeint sein? Sammeln Sie Beispiele.



B) Textbearbeitung

a) Lesen Sie den Artikel aufmerksam durch.

b) Erklären Sie die untenstehenden Begriffe aus dem Artikel in eigenen Worten, so wie Sie sie einem 12-jährigen Geschwisterkind erklären würden.

Begriff	Erklärung
Ministerrat	
Begutachtung	
Zweidrittelmehrheit	
Wehrersatzdienst	
Miliz	
Sold	
Freiwilligendienst	

c) Beantworten Sie die Verständnisfragen.

- Warum braucht die Regierung die Grünen für die Reform?
- Erläutern Sie das Modell „6+1+2".
- Welche Verbesserungen sind für Soldaten geplant?
- Unter welcher Bedingung würde der Zivildienst auf elf Monate verlängert werden?
- Wozu genau sollen im Krisenfall ehemalige Zivildiener verpflichtet werden?
- Inwiefern verändern sich die Regeln für den Freiwilligendienst?

d) Ergänzen Sie zu den Personen bzw. Organisationen jene Kernaussagen, die sich dem Artikel entnehmen lassen.

Person/Organisation	Funktion	Kernaussage
David Stögmüller		
Bernd Huber		
Klaudia Tanner		
Claudia Bauer		
FPÖ		
Regierung		



C) Weiterführende Aufgaben

a) Formulieren Sie drei neue Überschriften für den Artikel: eine, die die Reform eindeutig positiv darstellt, eine, die Empörung auslöst, sowie eine, die so neutral wie möglich klingt.

b) Machen Sie einen Zeitungsvergleich: Suchen Sie in zumindest drei weiteren österreichischen Medien Berichte zur Wehrdienstreform. Vergleichen Sie die Wirkung der Titel der Artikel, suchen Sie wertende Begriffe und stellen Sie fest, welche Personen zu Wort kommen und welche nicht.

c) Recherchieren Sie zum Thema Wehrpflicht im europäischen Vergleich. Vervollständigen Sie die Tabelle mithilfe Ihrer Ergebnisse.

	Österreich	Land 1	Land 2	Land 3
Wehrpflicht ja/nein				
Wehrdienst Dauer				
Ersatzdienst Dauer				
Auch für Frauen?				
aktuelle Reformdebatte				

Lösungen

Begriff	Erklärung
Ministerrat	Die regelmäßige Sitzung aller Ministerinnen und Minister mit dem Bundeskanzler. Dort beschließt die Regierung gemeinsam Gesetzesvorschläge.
Begutachtung	Ein Gesetzesentwurf wird veröffentlicht, damit Organisationen, Experten und Expertinnen und Bürger und Bürgerinnen ihre Meinung dazu abgeben können, bevor das Parlament darüber entscheidet.
Zweidrittelmehrheit	Mindestens zwei von drei Abgeordneten müssen zustimmen. Für besonders wichtige Gesetze reicht die einfache Mehrheit (mehr als die Hälfte) nicht aus.
Wehrersatzdienst	Ein anderes Wort für den Zivildienst: der Dienst, den man statt des Wehrdienstes beim Bundesheer leistet.
Miliz	Soldaten, die nach dem Grundwehrdienst wieder ihren normalen Beruf ausüben, aber für Übungen und im Ernstfall einberufen werden können.
Sold	Das Geld, das Grundwehrdiener jeden Monat für ihren Dienst bekommen. Laut der Reform sollen es künftig 1000 Euro sein.
Freiwilligendienst	Ein freiwilliger sozialer Dienst, z. B. ein Freiwilliges Sozialjahr oder ein Gedenkdienst im Ausland, der unter bestimmten Bedingungen statt des Zivildienstes anerkannt wird.

Person/Organisation	Funktion	Kernaussage
David Stögmüller	Wehrsprecher der Grünen	Die Grünen sind gesprächsbereit, haben aber „klare Forderungen“: „Gleiche Wertschätzung für Zivildiener, kein Kahlschlag beim Zivilersatzdienst, echter Mehrwert für junge Menschen.“ Vor weiteren Verhandlungen will die Partei die Stellungnahmen aus der Begutachtung abwarten.
Bernd Huber	Präsident der Bundesvereinigung der Milizverbände	Er äußert gravierende Bedenken. Die Verlängerung des Wehrdienstes verbessere den Zustand zwar grundsätzlich. Ohne

		gleichzeitige Verlängerung des Zivildienstes werde die Stärkung des Bundesheeres aber ins Gegenteil verkehrt: „So gesehen führt der Weg der Wehrdienstreform ins Nichts.“
Klaudia Tanner	Verteidigungsministerin (ÖVP)	Sie rechnet damit, dass es bald zu einer Verlängerung des Zivildienstes kommt.
Claudia Bauer	Für den Zivildienst zuständige Ministerin (ÖVP)	Auch sie rechnet mit einer baldigen Verlängerung des Zivildienstes.
FPÖ	Oppositionspartei	Sie hat der nötigen Zweidrittelmehrheit bereits eine Absage erteilt.
Regierung	Initiatorin des Gesetzes (ÖVP, SPÖ, Neos)	Mit dem Einsatz ehemaliger Zivildiener im Krisenfall werde „eine weitere zentrale Empfehlung der Wehrdienstkommission umgesetzt“. Freiwilligendienste sollen künftig nur noch für maximal ein Prozent eines Jahrgangs anerkannt werden. Damit wird die Zahl „gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert“.